

Erklärung

vom 29. Deutschen Feuerwehrtag 2022

Mehr tun für die Betroffenen!

Nein zur Gewalt gegen Einsatzkräfte: Es muss aufhören.

Beleidigungen bis hin zu tätlichen Angriffen sind nach wie vor Alltag für Angehörige der Feuerwehren, der Rettungsdienste und der Polizei. Diese Gewalt ist nicht länger hinnehmbar! Alle Einsatzkräfte müssen besser geschützt werden. Wir fordern daher die deutsche Gesellschaft, Politik und Justiz dazu auf, mehr für diejenigen zu tun, die täglich Menschenleben retten und schützen.

Die 65. Delegiertenversammlung des Deutschen Feuerwehrverbandes hatte festgestellt, dass die Angriffe gegen Einsatzkräfte in Deutschland nicht abnehmen. Das Problem ist nach wie vor virulent. Daher muss vom 29. Deutschen Feuerwehrtag 2022 das Signal ausgehen, dass dieser Gewalt dringend Einhalt geboten werden muss.

Aufgaben der Zivilgesellschaft, der Politik und der Justiz

Seit Jahren stellen die Sozialwissenschaften eine „Verrohung“ der Bevölkerung fest, die auch in der Auflösung sozialer Bindungen etwa durch die fortschreitende Individualisierung und Digitalisierung wurzelt. Das betrifft die Städte genauso wie die Orte auf dem Land. Respekt vor Einsatzkräften oder die Solidarität mit Betroffenen von Katastrophen und Gewalt sind keine Selbstverständlichkeiten mehr. Für diese Werte muss immer wieder sensibilisiert werden. Dies ist eine dauerhafte gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Nicht nur Kindertagesstätten und Schulen müssen diese Werte vermitteln, sondern auch die Eltern. Zusätzlich sind die Medien gefragt, wenn es heißt, die Bevölkerung zu erreichen.

Sich über Angriffe auf Einsatzkräfte zu beklagen, wird wenig ernst genommen, wenn diese Vorfälle nicht mit Fakten belegt werden. Bisher liegen flächendeckend kaum belastbare Statistiken vor, denn auch die Polizei kann nur ahnen, was zur Anzeige gebracht wird. Hier muss die Gesellschaft wachsamer werden! Die Datenlage muss verbessert werden, um noch zielgenauer einzugreifen. Es ist wichtig, dass Betroffene entsprechende Vorfälle konsequent dokumentieren und auch eine Anzeige nicht scheuen. Die Feuerwehren benötigen von ihren Landesverbänden und vom Bundesverband hierzu Unterstützung sowie insbesondere klare Handreichungen und Datenbanken.

Aufgabenträger und Verbände werden das Problem noch ernster nehmen müssen. Konfliktmanagement und der Umgang mit Gewalt gehören konsequent in die Ausbildung.

Auch müssen Vorfälle in der Einsatznachbereitung und der Psychosozialen Notfallversorgung besprochen werden.

Betroffenen von Gewalt sollte auch der Zugang zu einer Rechtsberatung ermöglicht werden. Dazu braucht es die Hilfe der Politik.

Die kommunalen und privaten Aufgabenträger dürfen Einsatzkräfte nach Angriffen nicht alleinlassen. Nötig sind bundesweit einheitliche Rahmenbedingungen. Insbesondere muss die rechtliche und weitere Begleitung nach erfahrenen Straf- und Gewalttaten unter konkrete staatliche Förderung und Unterstützung gestellt werden.

Es darf nicht geschehen, dass Angriffe auf Einsatzkräfte als Massen- oder gar Bagatelldelikte behandelt werden. Vielmehr bedarf es eines rechtlichen Beistands etwa durch Schwerpunktstaatsanwälte.

Hannover, den 24. Juni 2022



Boris Pistorius
Minister für Inneres und Sport von Niedersachsen



Karl-Heinz Banse
*Präsident Deutscher
Feuerwehrverband*



Belit Onay
Oberbürgermeister Landeshauptstadt Hannover